

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (022 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pppn d

## Inhalt

Ernst Haar MdB, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, weist auf die steigende Bedeutung öffentlicher Verkehrsleistungen hin: Verkehrspolitik der 80er Jahre.

Seite 1/2

Marie Schlei MdB nach der Verschiebung des Gesprächs Schmidt - Honecker: Kein Grund für Spekulationen.

Seite 3

Kurt Vogelsang MdB zum konservativen Gerede über Akademiker-Arbeitslosigkeit: Darlehen beim BAFöG umwandeln?

Seite 4

Lothar Schwartz, Sprecher des SPD-Vorstandes, zum Mittwoch-TV: Strauß stellte die Ausgewogenheit wieder her.

Seite 5/6

Paul Busse MdB kommentiert den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zum Hamburger Schulgesetz.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (022 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 22 / 31. Januar 1980

Verkehrspolitik der 80er Jahre

Steigende Bedeutung öffentlicher Verkehrsleistungen

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

Die Ausgangsbedingungen der Verkehrspolitik haben sich in den letzten Jahren grundsätzlich verändert. Der Rohölpreis hat sich seit 1973 mehr als verzehnfacht, die Verknappung der Rohstoffvorräte und die Grenzen menschlicher Belastbarkeit durch Lärm und giftige Abgase werden zunehmend sichtbar. Bei drastischer Reduzierung des verfügbaren Erdöls droht unser Verkehrssystem zusammenzubrechen.

Neue Akzente müssen folgerichtig auch in der Verkehrspolitik gesetzt werden. Dem vom Erdöl weitgehend unabhängigen Schienenverkehr sowie dem energiesparenden Busverkehr muß auch aus Gründen des Umweltschutzes erheblich mehr Bedeutung zukommen. Die Bevorzugung des Individualverkehrs ist im Bewußtsein vieler Menschen eine Hypothek, an der wir immer schwerer tragen. Bisherige Erfahrungen zeigen, wie stark die Wahl des Verkehrsmittels vom jeweiligen Leistungsangebot abhängt: Die nachhaltige Förderung öffentlicher Verkehrsmittel als alternatives Konzept einer vorausschauenden Verkehrspolitik, wie etwa im Nahverkehrssystem München, Stuttgart und anderen Ballungsräumen wurde von Bürger stärker als von Fachleuten erwartet angenommen.

Auch von den geplanten Neubaustrecken der Bundesbahn ist eine ebenso positive Entwicklung für den Personen- und Güterverkehr zu erwarten. Nur so werden wir langfristig eine weitere Zersiedelung unserer Landschaft und das zunehmende Ansteigen der sozialen Kosten durch Unfälle, Umweltverschmutzung und Landschaftsverbrauch vermeiden können.



Eine Wende hin zu den öffentlichen Verkehrsmitteln erfordert die gemeinsame Anstrengung der Verantwortlichen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der Unternehmensleitungen der öffentlichen Verkehrsunternehmen.

Aufgabe der Verkehrspolitik ist es,

- im investiven Bereich durch einen beschleunigten Ausbau der Schienenwege eine attraktive Alternative zum Individualverkehr zu schaffen,
- im ordnungspolitischen Bereich die steuerliche Bevorzugung der Konkurrenten der Bahn und des ÖPNV (Pkw-gebundene Kilometerpauschale, Mineralölsteuerbefreiung von Binnenschifffahrt und Luftverkehr) zu beseitigen,
- die volkswirtschaftlich sinnvolle Arbeitsteilung "Schwere Last auf langer Strecke auf der Schiene" und "Verteilung in der Fläche auf der Straße" herzustellen und
- Geschwindigkeitsbegrenzungen - wie international praktiziert und bewährt - auch aus Gründen der Verkehrssicherheit einzuführen.

Aufgabe der Deutschen Bundesbahn sowie der kommunalen Verkehrsbetriebe ist es, durch eine offensive, marktorientierte Unternehmenspolitik die Chancen für eine Trendwende zu nutzen und in Zukunft Marktanteile hinzuzugewinnen. Das heißt konkret: Breitgefächerte Leistungsangebote, die den Verkehrsteilnehmer durch guten Service, Schnelligkeit und Zuverlässigkeit überzeugen, führen auch im Wettbewerb zum Erfolg. Für die Deutsche Bundesbahn bedeutet dies, vom gescheiterten Konzept des Gesundshrumpfens Abschied zu nehmen und die notwendige Weiterentwicklung dieses Unternehmens hin zu einem öffentlichen Gesamttransportunternehmen, das flexibel auf die Erfordernisse der Kunden eingeht, einzuleiten.

Bei Verfolgung einer solchen koordinierten Politik wird es möglich sein, die hohe Leistungsfähigkeit unseres Verkehrssystems zu erhalten, den künftigen Landschaftsverbrauch in Grenzen zu halten, die Zahl der Verkehrsunfälle zu verringern und die Lebensbedingungen in allen Teilen unseres Landes zu verbessern.

(-/ 31.1.1980/vo-he/ca)

+

+

+



**Kein Grund für Spekulationen**

-----  
Die innerdeutschen Beziehungen entwickeln sich ungeschmälert

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises innerdeutsche Beziehungen  
der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Daß die Terminabsprache zum Gipfeltreffen hinausgeschoben wurde, sollte nicht mit politischen Spekulationen begleitet werden.

Die innerdeutschen Beziehungen entwickeln sich ungeschmälert weiter auf der Grundlage der zwischen beiden deutschen Staaten abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen. Beide Seiten haben ihre Überzeugung kundgetan, und das begrüßt die SPD-Bundestagsfraktion, da ein Treffen auf höchster Ebene der Entwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und dem Ausbau ihrer Zusammenarbeit im Interesse des Friedens und der Menschen zugute kommen wird.

Dem entspricht die Erklärung bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972, mit der beide Regierungen vereinbart haben, sich im Zuge der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen von beiderseitigem Interesse, insbesondere über solche, die für die Sicherung des Friedens in Europa von Bedeutung sind, zu konsultieren.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion ist der Auffassung, daß sich in der gegenwärtigen schwierigen weltpolitischen Situation die vertraglichen Grundlagen der Entspannungspolitik zwischen beiden deutschen Staaten und in Europa bewähren.

Es sollte insbesondere im Interesse der Berliner Bürger, die seit Jahren mit einer Mauer zu leben haben, darauf geachtet werden, daß, um mit einem Wort Herbert Wehners zu sprechen, keine zusätzliche Mauer des Schweigens errichtet wird.

Dem konstruktiven Nachdenken über weitere Verbesserungen für die Bürger in beiden deutschen Staaten darf keine Grenzen gesetzt werden.

Auch die Parlamentarier sollten sich Gedanken über die Wahrnehmung ihrer Kontaktmöglichkeiten machen. Schließlich hat es auf der Ebene der Interparlamentarischen Union bereits begrüßenswerte Ergebnisse gegeben. (-/31.1.1980/h1/ca)

+ + +



Darlehen beim BAFöG umwandeln?  
-----

## Konservatives Gerede von Akademiker-Arbeitslosigkeit

Von Kurt Vogelsang MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Nach der neunten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes wird unter anderem zum ersten Mal sichtbar, daß bei den Studenten im ersten und zweiten Semester der Anteil der Studenten, deren Vater Arbeiter ist, zurückgeht. Noch ist der Rückgang nicht gravierend, aber die Tendenz muß Sozialdemokraten aufmerken lassen. Und so ist geboten, sofort nach den Ursachen zu forschen. Das Deutsche Studentenwerk weist beispielsweise darauf hin, daß die Förderungssätze und die Freibeträge des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zu niedrig seien. Dies mag eine Ursache sein. Die alleinige Ursache ist es mit Sicherheit nicht. Denn die Kinder von Arbeitern waren bisher immer gewohnt, ihren Lebensstandard einzuschränken. Nach meiner Beurteilung werden die Leistungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes hier keine entscheidende Rolle spielen.

Dagegen könnte das allzu laute Gerede der Konservativen über eine bevorstehende Akademiker-Arbeitslosigkeit hier Wirkungen zeigen. Wenn sich schon eine Arbeiterfamilie wegen der Ausbildung ihrer Kinder einschränken muß, so will sie sicherlich nicht auch noch das große Risiko eingehen, daß ihr Kind nach der Ausbildung in die Arbeitslosigkeit entlassen wird.

Ein dritter Punkt scheint mir bedeutungsvoll. Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz werden für die Studenten mit einem erheblichen Darlehensanteil gegeben. Diese Regelung ist zwar nicht neu, war aber im ursprünglichen Gesetz nicht enthalten. Wer die Mentalität von Arbeitnehmern kennt, weiß, daß "Schulden machen" bei ihnen geradezu etwas Unanständiges ist. Sie können in der Tat auch überschauen, daß bei ihrer Einkommenssituation größere Rückzahlungen für ein aufgenommenes Darlehen nicht möglich sind. Dies führt dazu, daß gerade bei den Arbeitern das Grunddarlehen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes sehr zurückhaltend aufgenommen wird.

Diese nicht zu kritisierende Einstellung der Arbeitnehmer zu der Aufnahme von Darlehen führt in der Kombination mit dem "Hinweis" über eine mögliche Akademiker-Arbeitslosigkeit dazu, daß vor allem Arbeiter ihren Kindern sagen, dieses Risiko wolle man nicht auf sich nehmen.

Wer also der Tendenz des Rückganges von Arbeiterkindern, die ein Studium aufnehmen, wirkungsvoll begegnen will, muß erstens klarstellen, daß weiterhin für die akademischen Berufe gute Berufschancen bestehen und zweitens wird er nicht daran vorbeikommen, das Grunddarlehen im Bundesausbildungsförderungsgesetz zu streichen. Dies hätte aus meiner Beurteilung eine größere Wirkung als eine Erhöhung der Förderungssätze und Freibeträge.

(-/ 31.1.1980/ks/ca)

+ + +



Zurück zu den vorgestrigen Spruchblasen?  
-----

Strauß stellte die Ausgewogenheit wieder her, damit das Programm nicht  
ganz nach rechts kippt

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des SPD-Vorstandes

Kalte Krieger wittern Chancen für ein come-back; die Schuld daran trägt zweifellos die Sowjetunion durch militärisches und völkerrechtswidriges Eingreifen in die innenpolitischen Verhältnisse von Afghanistan, dessen weltpolitische Unsinnigkeit und Brisanz in Moskau inzwischen zwar begriffen zu werden scheint, aber nach dortiger Auffassung wegen des befürchteten Gesichtsverlustes vorläufig nicht korrigiert werden kann.

In dieser Situation finden in der Bundesrepublik Deutschland plötzlich wieder Erklärungen und Kommentare von politischen und publizistischen Fossilien wie Becher (CSU), Hupka (CDU) und Löwenthal (ZDF) öffentliche Beachtung, die seit Jahren nur noch als vorgestrige Spruchblasenproduzenten betrachtet wurden. Aber auch anpassungsfähigere Figuren in den Reihen der Opposition sehen jetzt den Weizen für Scharfmacher wieder blühen.

Die Resonanz, die sie in den Medien finden, kann die im deutschen, europäischen und nicht zuletzt im weltweiten Interesse gebotene Nüchternheit nicht fördern, sondern ermutigt sie eher, noch einen Zahn zuzulegen. Der Fernsehabend vom gestrigen Mittwoch war dafür bezeichnend. Zunächst um 20.15 Uhr im Zweiten Deutschen Fernsehen ein selbstgefälliger Altmeister des Kalten Krieges: Gerhard Löwenthal. Sein begreifliches Trauma ist das stetig sinkende Zuschauerinteresse für "ZDF-Magazin" und die daraus resultierende Nachsicht bis hin zur Narrenfreiheit, die ihm von der sozial-liberalen Koalition in Bonn längst gewährt werden. Er hatte für seine gestrige Sendung einen weiteren Versuch der Selbstaufwertung unternommen. Ein Streitgespräch zwischen SPD-Geschäftsführer Egon Bahr und Löwenthals regelmäßigem Studiogast Werner Marx sollte dazu dienen. Tatsächlich ging jedoch ein weiterer Monolog von Marx über den Sender, zu dem Löwenthal die Stichworte in Frageform auch noch sichtbar ablas. Natürlich unterschlug Löwenthal den Zuschauern die fernschriftlich übermittelte Begründung für Bahrs Absage. Sie soll deshalb hier zur Kenntnis gebracht werden: "Egon Bahr hat seinen Äußerungen, die er am 17. Januar 1980 zu der von Ihnen vorgesehenen Thematik im



Deutschen Bundestag gemacht hat, nichts hinzuzufügen. Er möchte sich an der Fortführung der Scheindebatte, ob Entspannungspolitik teil- oder unteilbar sei, nicht beteiligen. Daß gerade dem "ZDF-Magazin" an der weiteren Aufbereitung dieser Scheinfrage gelegen ist, erscheint uns allerdings begreiflich."

In den "Tagesthemen" des ARD-Fernsehens lief um 22.30 Uhr ein im doppelten Sinne merkwürdiges "Komplementär-Programm" zu Löwenthal: Rudolf Mühlfenzl, Fernsehchefredakteur des Bayerischen Rundfunks, sprach den Kommentar zur vereinbarten zeitlichen Flexibilität für ein nach wie vor vereinbartes Treffen zwischen dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und Bundeskanzler Helmut Schmidt. Schadenfroher Tenor: Bundeskanzler vom SED-Chef eingeladen, Honecker hört auf Moskaus Kommando, Entspannungspolitik als Illusion.

Ist der Eifer, Strauß und seinen Ambitionen auf das Kanzleramt zu dienen, gar bei den Inhabern von Schlüsselpositionen im fernsehpublizistischen Bereich, denn wirklich schon so weit wirksam, daß auch das Wissen um Äußerungen von führenden Oppositionspolitikern verdrängt wird, die eine Begegnung von Helmut Schmidt mit Honecker unter der Bedingung bejaht hatten, daß etwas Konkretes für die Menschen und für die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herauskommt? Wäre es nicht auch für Herrn Mühlfenzl einige Minuten des vorurteilsfreien Nachdenkens über die Frage wert gewesen, ob die führenden Männer von hüten und drüben es nicht beide für vernünftiger gehalten haben, könnten, in der gegebenen Situation eine Absprache zu treffen, die einer gemeinsamen Verantwortung für die künftige positive Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen Rechnung trägt, statt sie mit neuen Risiken zu belasten.

Es war eine Pointe dieses Fernsehabends von gestern, daß aus Bukarest anschließend an diesen Kommentar die Bereitschaft des CSU-Vorsitzenden Josef Strauß gemeldet wurde, eine Einladung nach Moskau, um die er seit seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten bei der Bonner Botschaft der UdSSR und dem Kreml selbst antichambrieren läßt, ohne Vorbedingungen und Vorbehalte anzunehmen.

Eine groteske Situation an einem Abend bei unseren öffentlich-rechtlichen Anstalten: Strauß stellt die Ausgewogenheit her, damit das Programm nicht ganz nach rechts kippt. Der rechte Flügelmann wird zur Mitte; bei der CDU ist das eingetreten, soll das aber auch für das Fernsehen gelten? (-/31.1.1980/ks/ca)

+ + +



## Verfassungsbeschwerde abgewiesen

-----  
Bundesverfassungsgericht bestätigt Hamburger Schulgesetz

Von Paul Busse MdBü

Parlamentarischer Geschäftsführer der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion

Der gesetzlich anerkannte Rechtsanspruch der Hamburger Eltern, darüber zu entscheiden, ob sie ihr Kind zur Gesamtschule, zum Gymnasium, zur Realschule oder zur Hauptschule schicken, bleibt unangetastet. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Verfassungsbeschwerde Hamburger Gymnasial-Eltern gegen das Hamburger Schulgesetz als unzulässig zurückgewiesen. Das geht aus einem jetzt bekannt gewordenen Beschluß des Verfassungsgerichts vom 30. November 1979 (Verfassungsbeschwerde Leo u.a. AZ: 1 BvR 1152/78) hervor. Die Beschwerdeführer hatten beantragt, "das hamburgische Schulgesetz für unvereinbar mit dem Grundgesetz und nichtig zu erklären, soweit es die Schulverwaltung verpflichtet, integrierte Schulsysteme (Orientierungsstufen und Gesamtschulen) unter Umwandlung bestehender, dem gegliederten Schulsystem angehörender Schulen einzurichten, wenn Erziehungsberechtigte die Aufnahme ihrer schulpflichtigen Kinder in integrierte Schulsysteme beantragt haben".

Dazu hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt: "Die Beschwerdeführer haben nichts dafür vorgetragen, daß der Bestand der Gymnasien, welche die beschwerdeführenden Kinder besuchen, konkret gefährdet wäre, so daß sie zu einer Entscheidung über einen Schulwechsel oder Abbruch des Schulbesuches schon jetzt gezwungen wären."

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion sieht in dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts eine Bestätigung ihrer im Schulgesetz beschlossenen Schulpolitik. Das Elternrecht steht dabei obenan: Allein die Eltern entscheiden in Hamburg darüber, welche Schule ihr Kind besuchen soll.

Die SPD läßt keinen Zweifel daran, daß sie integrierte Schulsysteme für die Schulform hält, die dem einzelnen Schüler nach bisherigen Erkenntnissen die größte individuelle Förderung und Entwicklung zuteil werden läßt. Niemand wird aber in Hamburg gezwungen, sich dieser Erkenntnis anzuschließen. Die SPD überläßt die Entscheidung über die Schulform allein den Eltern. Vor dieser Elternentscheidung fürchten sich offensichtlich die Konservativen. Deswegen die Verunsicherungskampagne und der Versuch, auch über Verwaltungsgerichte die Gesamtschüler aus den Schulgebäuden, in denen bisher nur Schüler des gegliederten Schulsystems untergebracht waren, herauszuklagen.

Im ersten Jahr der freien Elternentscheidung für die Fünftklässler über die Schulform haben sich in Hamburg bereits über 30 Prozent für integrierte Schulsysteme (Gesamtschule bzw. Orientierungsstufe) entschieden. Dies ist ein beachtlicher Anfangserfolg.

(~/ 31.1.1980/vo-he/oa)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

